

Geht die CAJ auf marxistischen Kurs?

Seit Monaten steht die vom Weltrat der CAJ Ende April dieses Jahres in Linz verabschiedete *Grundsatzklärung der internationalen CAJ* im Mittelpunkt heftiger Diskussionen und Kontroversen. Noch ehe der offizielle Text veröffentlicht und eine autorisierte deutsche Übersetzung vorgelegt war, beschäftigten sich in der Bundesrepublik Presse und Rundfunk sowie Diözesangremien der CAJ mit dem spektakulären Text. Mehrmals tauchte der Verdacht auf, die CAJ habe die Prinzipien ihres Gründers Joseph Cardijn an den Marxismus verraten. Die umstrittene Erklärung war vom Exekutivkomitee der internationalen CAJ ausgearbeitet und vom Weltrat so gut wie unverändert akzeptiert worden. Trotz der Bedenken mehrerer nationaler Vertretungen im Grundsätzlichen und in Formulierungsfragen wurde das Dokument von dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Weltrat mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen (vgl. KNA, 19. 7. 75). Die deutschen Delegierten hatten gegen die Verabschiedung gestimmt, weil das Papier der Realität der deutschen CAJ und ihren geltenden Statuten widerspreche.

Die umstrittene Linzer Erklärung

In der Einleitung wird unterstrichen, daß die Erklärung nur im Zusammenhang richtig verstanden werden könne und daß sie überdies kein „unverrückbares Dogma“ sei. Immerhin soll sie aber einen *gemeinsamen Bezugspunkt* formulieren, „der uns Kohärenz und die Gewißheit geben kann, daß wir eine einheitliche, von denselben Idealen geleitete Bewegung sind“. Da die Statuten von 1957 überholt seien, könne heute „jeder daherkommen und sagen, was die CAJ ist“. Dem will die Erklärung damit vorbeugen, daß sie die CAJ als eine „organisierte Bewegung junger Arbeiter und Arbeiterinnen“ definiert, „die in der lokalen und internationalen Alltagsrealität leben und sich entwickeln“, die in Aktion stehen

als Revisions- und Umwandlungsgemeinschaften „im Kampf um die Verwirklichung der Bestrebungen der ganzen Masse des Volkes“, die „der ganzen Masse des Volkes gegenüber offen“ sind. Ausgangspunkt der Arbeit der Bewegung müßten das persönliche und kollektive alltägliche Leben der Arbeiter, aber auch ihre Werte, Bestrebungen und Sinnfragen sein. Ihre Lage sei durch die „totale Ausbeutung der Menschheit durch eine winzige Minderheit, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ gekennzeichnet. Dieser Zustand verunmögliche es den Arbeitern, sie selbst zu sein, und erzeuge Unglück und Frustration; er habe seine *Ursache im Klassegegensatz*. „Das Vorhandensein der beiden einander entgegengesetzten Klassen, das durch die herrschende Klasse aufrechterhalten wird, bewirkt Klassenkampf, Gewalttätigkeit und Ausbeutung.“ Als Ziel des Einsatzes wird dementsprechend die Befreiung aller Menschen von persönlicher und kollektiver Ausbeutung genannt, die nach einer totalen Änderung und Neuorganisation der Gesellschaftsstruktur auf kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene in der *klassenlosen Gesellschaft* erreicht werde. Die Zielsetzungen „für die Befreiung der Arbeiterklasse“ teile die CAJ mit „der gesamten bewußten und organisierten Bevölkerung“.

Neben diesen Fundamentalbestimmungen nennt der Text sechs „*Wesensmerkmale*“ der CAJ: „*Arbeiter*“ (die Angehörigen der CAJ entstammen der Arbeiterklasse, d. h. sie sind abhängige Lohnempfänger, die „mit dem System von Produktion und Konsum verbunden sind“, oder Angehörige der gesellschaftlichen Randgruppen wie Arbeitslose, Kranke, Behinderte); „*Jung*“ (die CAJ wendet sich an die Jungarbeiter, wobei als jung die etwa 14- bis 25jährigen gelten, „weil die Jugend die geeignetste Altersstufe für Bildung, Begeisterungsfähigkeit und Protestwillen, für Großzügigkeit und Opferbereitschaft ist“); „*Christlich*“ (die CAJ „glaubt an die menschliche Liebe“, die

durch die Begegnung mit der Liebe Jesu Christi eine neue Dimension bekommt und die Verheißung erhält, nicht umsonst zu sein; die CAJ biete aber *allen jungen* Arbeitern unabhängig von ihrer Weltanschauung „die Möglichkeit, ihren Glauben und ihre Überzeugung zu entdecken“); „*Masse*“ (die CAJ ist eine „Bewegung von und für die Masse der jungen Arbeiter“, deren Ziel die Erziehung und Organisation der Masse und schließlich ihre Ausdehnung auf die Masse ist); „*International*“ (angesichts der gemeinsamen Probleme sei eine Organisation auf internationaler Ebene notwendig, durch die die Einheit der jungen Arbeiter gestärkt, verschiedene Bestrebungen und Werte integriert und die Repräsentativität der Bewegung erhöht werden); „*Autonomie*“ (um nahe am Volk zu sein, müsse man sich in den Mitteln beschränken und die wesentlichen Ausgaben durch die Mitglieder selbst decken; diese finanzielle Autonomie — der politisch die Unabhängigkeit von allen Gruppen und Gewerkschaften entspricht — könne durch keine finanzielle Hilfe von außen beeinflusst werden).

Hinsichtlich der Organisationsstruktur versteht die Erklärung die CAJ als „*Militantenbewegung*“, die sich auf „*Basiszellen*“ von Militanten (d. h. jungen Arbeitern, „die beständig in der Aktion mit anderen jungen Arbeitern engagiert sind“) aufbaut. In diesen Gruppen werden im Sinn der Grundsätze der Bewegung solidarisch Aktionen geplant, durchgeführt und kritisiert. „Die Gruppe der Militanten ist wie ein vorweggenommenes Modell einer neuen Gesellschaft.“

Unterschiedliche Reaktionen

Es konnte eigentlich niemanden überraschen, daß es nach Bekanntwerden des Papiers im Juli zum Teil sehr heftige Stellungnahmen gab. So stellte der Bischof von Innsbruck, *Paul Rusch*, als Bischof mit sozialem Einsatz an der CAJ persönlich stark engagiert, in einer über KNA verbreiteten Erklärung (18. 7. 75) fest, die internationale

CAJ habe mit dem Grundsatzpapier „die Bedingungen für eine kirchliche Vereinigung preisgegeben“, weil Jesus Christus lediglich als Idealtypus verstanden werde, die propagierte Klassenkampflehre einer Zulassung des Hasses gleichkomme und mit keinem Wort von der Annahme einer kirchlichen Leitung die Rede sei. Außerdem erklärt Rusch, daß „jedenfalls bei uns“ die finanzielle Autonomie zum Zusammenbruch der CAJ führen würde, und fragt, ob hier „nicht auch eine Unterwanderung mit im Spiel sei, die den Westen reif machen soll für die kommunistische Diktatur des Ostens“.

Demgegenüber gab der Nationalleiter der Deutschen CAJ, *Gottfried Keseberg*, zwar zu, daß die Linzer Erklärung einen *marxistisch-leninistischen Ansatz* habe, wies aber darauf hin, daß das Papier „nach verschiedenen Richtungen interpretierbar“ sei. Überdies müsse man berücksichtigen, daß „ein Dokument für die Weltebene“ sehr verschiedene Realitäten zum Ausdruck bringen müsse. In einer späteren Erklärung betonte die CAJ den zweiten Aspekt noch stärker (vgl. KNA, 14. 8. 75). Viele Kritiker würden, so hieß es, besser daran tun, die „Arbeiterklasse“ zu studieren, anstatt mit „oberflächlichem Antikommunismus von den eigentlichen Problemen abzulenken“. Um die Sprache richtig würdigen zu können, müsse man bedenken, daß lateinamerikanische Bischöfe oft das Wort „Revolution“ für „Reform“ gebrauchen. Die gleichen Begriffe würden also durchaus international verschieden gedeutet.

Hinter das Linzer Dokument stellte sich die Diözesanleitung der Würzburger CAJ (vgl. KNA, 25. 7. 75), während sich die CAJ der Diözese Speyer distanzierte (KNA, 22. 8. 75). Die Bamberger CAJ legte eine eigene Grundsatzklärung vor, die vor allem die christliche Grundlage der Bewegung unterstreicht. Die ganze Angelegenheit bekam dadurch noch einen weiteren verbandspolitischen Akzent, daß die Aufnahme der CAJ in die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB) bevorstand. Obwohl der KAB-Vorsitzende, *Alfons Müller*, bereits im Anfangsstadium der

Diskussion erklärte, das internationale Grundsatzpapier werde keinen Einfluß auf die Aufnahme der CAJ in den Bundesverband der KAB haben, regte sich in der KAB Widerstand. So wies der Münchener KAB-Vorstand in einer Presseerklärung die Aufnahme der CAJ als „indiskutabel“ zurück. Es genüge nicht, daß die deutschen Delegierten in Linz mit Nein gestimmt hätten; die richtige Konsequenz wäre der Austritt gewesen. Weiter empfahl die Münchener KAB die Gründung einer „jungen KAB“ als Alternative zur CAJ. Auf Bundesebene war trotz solcher Proteste nicht ernsthaft mit einer Ablehnung des Aufnahmeantrags gerechnet worden. Tatsächlich fand sich denn auch auf dem KAB-Bundesverbandstag am 20./21. September in Sindelfingen für den Antrag eine überwältigende Mehrheit.

In der Zwischenzeit hatten allerdings eine Entschließung der CAJ-Nationalleitung und im Anschluß daran eine Vertrauenserklärung der Bischofskonferenz für die deutsche CAJ die Situation weiter entschärft (vgl. KNA, 10. 9. 75).

Eine Alternative aus der Bundesrepublik?

In ihrer letzten Entschließung stellt die Nationalleitung fest, daß die Linzer Erklärung für den deutschen wie für die anderen Nationalverbände „Richtpunkt zur Interpretation der grundlegenden Wesensmerkmale der CAJ“ sei. „Nicht mehr und nicht weniger“. Gleichzeitig wird aber der Mangel an sachlicher Differenzierung, präziser Formulierung und christlicher Akzentuierung deutlich kritisiert und das Organisationsmodell der Militantenbewegung abgewiesen. Es überrascht allerdings, daß — anders als etwa in den Äußerungen von Nationalleiter Keseberg vom Juli — marxistisch-leninistische Tendenzen des Textes jetzt bestritten werden.

Inzwischen liegt der erste Entwurf für ein „*Grundsatzpapier der deutschen CAJ*“ vor, der auch bereits auf dem Nationalrat in Kirchähr am 6./7. Sep-

tember diskutiert wurde. Es ist nicht zu übersehen, daß diese Vorlage sich um möglichste Nähe zur konkreten Situation in der Bundesrepublik bemüht, revolutionäre Verbalakrobatik vermeidet und — im Sinn des Wunsches der Bischofskonferenz — bestrebt ist, „die religiöse und kirchliche Grundorientierung ihrer Organisation zu vertiefen“. Das schließt keineswegs aus, daß die Mißstände in unserer Arbeitswelt konkret beim Namen genannt werden und auch der Begriff der „Arbeiterklasse“ mit Zitaten von Cardijn legitimiert wird. Ausgangspunkt ist auch in diesem Text die Situation der jungen Arbeitnehmer und ihre kritische Durchleuchtung anhand der Maxime der katholischen Soziallehre, daß die Arbeit als menschlicher Wert Vorrang vor allen anderen Faktoren der Wirtschaft haben müsse. Mit Nachdruck wird auf die Erhöhung der Bildungschancen für Arbeiter und die Anerkennung ihrer Tätigkeit als gleichwertig gegenüber der „Kopf-Arbeit“ gedrängt. Ausführlich wird dargelegt, was die Bindung an Christentum und Kirche religiös, menschlich und politisch für die jungen Arbeitnehmer bedeuten kann. So wird etwa gesagt, daß vom Glauben her deutlich wird, „daß wir an der Zukunft unseres Lebens und Zusammenlebens mitbauen, Gott aber unsere Zukunft vollendet“, und daß daraus die „nüchterne Einsicht“ erwachse, „daß Denken und Tun des Menschen dem Irrtum ausgesetzt und vorläufig sind“. Diese Einsicht scheint den internationalen Gremien bei ihrer forschen Anpassung an marxistische Globaltheorien nicht präsent gewesen zu sein. Von ihrer konkreten Aufgabenstellung her versteht sich die CAJ nach dem Entwurf als Bildungs-, Erziehungs- und Selbsthilfeorganisation.

Eine abschließende Wertung der „deutschen Alternative“ wird erst möglich sein, wenn eine endgültige und von den zuständigen Gremien akzeptierte Fassung vorliegt. Schon jetzt sollte man sich darüber im klaren sein, daß man — zumindest wenn in der bisherigen Richtung weitergearbeitet wird — eine Alternative, nicht eine Variation zu Linz haben wird. Statt das zu ver-

schleiern, sollte eine sachliche Auseinandersetzung mit den internationalen Vertretern und anderen nationalen Verbänden geführt werden. Dabei sollte man weder mit dem Verdacht kommunistischer Unterwanderung auf der einen Seite noch mit der Prämisse auf der anderen Seite argumentieren,

daß die Übernahme marxistischer Theoreme schon ein christliches Programm ist, wenn man sie durch Berufung auf Jesus ergänzt. Der Verständigung über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus, Kirche und Politik wäre damit ein Dienst getan.

H. G. K.

Probleme der katholischen Schulen in der Schweiz

Mit der Veröffentlichung des Schlußberichtes „*Prospektive der katholischen Schulen*“ im Sommer 1975 liegen die Ergebnisse eines aufwendigen Forschungsprojektes der katholischen Kirche in der Schweiz vor. In Auftrag gegeben wurde diese Untersuchung über die Zukunft der katholischen Schulen vom Hilfswerk „Fastenopfer der Schweizer Katholiken“; durchgeführt wurde sie von einer Studienkommission des *Bildungsrates der Schweizer Katholiken*, dem Dachverband der fachlichen Träger ihrer Bildungsarbeit (zusammengesetzt aus je zehn Mitgliedern der Präsidentenkonferenz der katholischen Erziehungsinstitutionen der Schweiz und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein sowie zwei bis drei Beobachtern der Schweizer Bischofskonferenz), und seiner *Arbeitsstelle für Bildungsfragen* in Luzern.

Das Konzept sah vor, den Ist-Zustand und die mittelfristigen Planungsvorhaben zu erheben und gleichzeitig und unabhängig davon einen Katalog von Zielvorstellungen der katholischen Schulen zu erarbeiten, also auf die Frage zu antworten: Wie sollte die Zukunft der katholischen Schulen aussehen?

Die Untersuchung setzte mit einer breit angelegten Diskussion über das Selbstverständnis der katholischen Schulen ein, um einerseits die betroffenen Schulen zum eigenen Nachdenken anzuregen und andererseits Arbeitshypothesen für die Erhebung zu beschaffen (veröffentlicht als Band I: Das Selbst-

verständnis der katholischen Schulen).

In die nachfolgende Erhebung wurden 233 Schulen und Heime einbezogen (120 in der deutschen, 96 in der französischen und 17 in der italienischen Schweiz). Die Erhebungsergebnisse wurden in verschiedenen interessierten Kreisen besprochen, um das Zahlenmaterial von verschiedenen Seiten her beleuchten und die Ergebnisse ausgewogen gewichten zu können. Überdies wurde eine Dissertation mit umfangreichen Erhebungen über die Einstellung der Eltern zum Internatsgymnasium in das Forschungsprojekt einbezogen. Dieses Erhebungsmaterial liegt veröffentlicht vor: Band II: Die katholischen Schulen heute; Band III: Die Internatsschüler; Band IV: Probleme der Internatsschulen; Band V: Die Einstellung der Eltern zum Internatsgymnasium.

Gegenläufigkeit der Entwicklung

Im Schlußbericht (Band VI: *Prospektive der katholischen Schulen*) wird festgehalten, „daß die Zukunft der katholischen Schulen nur dann gesichert ist, wenn verschiedene Kreise ihr Verhalten in bezug auf diese Schulen ändern“ (S. 6). Begründet wird diese Prognose mit einigen Besonderheiten der schweizerischen katholischen Schulen und einer gegenläufigen Entwicklung.

Diese Schulen sind nur insofern kirchlich, als ihre Träger ihre Zugehörigkeit

zur Kirche besonders betonen. Sie werden von Orden, Kongregationen, Vereinen, Stiftungen oder Einzelpersonen getragen und stehen so außerhalb der amts- und landeskirchlichen Strukturen, sind also nicht Schulen der katholischen Kirche der Schweiz. So strebte auch jede Schule unter Verzicht auf Koordination und Kooperation von Anfang an große Selbständigkeit an. Andererseits haben die Träger dieser Schulen bisher namhafte unentgeltliche Arbeits-, Sach- und Geldleistungen erbracht, insbesondere durch die entsprechenden Leistungen der Priester und Ordensleute, die 54% der Lehrer und Erzieher stellen. Für 1972 rechnete die Studienkommission, aufgrund von genauen Zahlen und geschätzten Minimalwerten, mit einem Betrag von 75 Millionen Franken. Der Mangel an Ordensnachwuchs und die zunehmende Teuerung führen nun aber zu einer finanziellen Belastung, die von den Schulen allein, wollen sie ihre sozialen Schul- und Pensionspreise halten, nicht mehr getragen werden kann. Gleichzeitig finden aber die Schulen in katholischer Trägerschaft als *Alternativschulen* zunehmend Anerkennung, und man erwartet von ihnen, daß sie eine pädagogische Leistung erbringen, welche die öffentliche Schule nicht erbringen kann. Diese Gegenläufigkeit der Entwicklung wird im Schlußbericht auf die Formel gebracht: „In zunehmendem Maße verstehen die katholischen Schulen ihr Angebot als besonderen Dienst am Schüler und entsprechen damit der Nachfrage nach weltanschaulich eindeutigen und pädagogisch wirksamen Alternativen zu öffentlichen Schulen. Der Nachwuchsmangel der Orden und Kongregationen, die enorme Teuerung und nicht zuletzt das weitgehende Ungenügen des Stipendienwesens behindern diese Entwicklung und machen sehr bald gerade jenen Schülern, die des besonderen Dienstes am meisten bedürfen, den Zugang zu diesen Schulen unmöglich“ (S. 25).

Daraus ergibt sich, und dies ist die wichtigste Empfehlung der Studie, daß diese Schulen in eine *engere Kooperation und Koordination* eintreten müssen, wenn sie überleben wollen.